

4/88 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

Helmut Kohl:

Die richtigen Entscheidungen für die Zukunft treffen

Bundeskanzler Helmut Kohl hat in der Sitzung des Bundesvorstandes der CDU am Montag, 1. Februar 1988, die Koalitionsparteien zur Geschlossenheit aufgerufen. Nach einer über dreistündigen Sitzung des Präsidiums und Bundesvorstands sagte Helmut Kohl vor Journalisten, die Koalition befindet sich mit ihren geplanten Reformen des Steuer-, Renten- und Gesundheitswesens in ihrem „schwierigsten Arbeitsjahr“ dieser Legislaturperiode. Alle diese Fragen stünden in einer „harten öffentlichen Diskussion“. Sie können nur erfolgreich gemeistert werden, „wenn wir mit großer Geschlossenheit und noch größerer Energie ans Werk gehen“, sagte der Kanzler.

Der Parteivorsitzende und Bundeskanzler appellierte ferner an die Koalition, die geplanten Reformvorhaben besser in der Öffentlichkeit darzustellen. „Wir müssen den Bürgern sagen, um was es geht“, sagte er. Zu den Diskussionen über den Wirtschaftsstandort Bundesrepublik erklärte Helmut Kohl, es sei „überfällig, daß wir hier unsere Daten zur Kenntnis nehmen“. Die Bundesrepublik sei das Land mit der niedrigsten Geburtenrate, mit einer gewaltig zunehmenden Zahl älterer Bürger, sie habe zusammen mit einigen anderen Ländern die kürzeste Wochen- und auch Lebensarbeitszeit und sie habe eine Spitzenstellung beim Wochenlohn. „Dies alles paßt am Ende nicht zusammen, wenn wir aus dem Opportunismus des Tages heraus jetzt nicht die richtigen Entscheidungen für die Zukunft treffen.“

HEUTE AKTUELL

- **Steuerreform**
Mehr Geld im Portemonnaie ist das beste Argument für die Steuerreform. Seite 7
- **Umweltpolitik**
Bundesminister Töpfer: Bundesamt für Strahlenschutz notwendig. Seite 11
- **Ländlicher Raum**
Ministerpräsident Albrecht fordert neue Chancen für den ländlichen Raum. Seite 15
- **Bundesgrenzschutz**
Der innere Frieden ist nicht zum Nulltarif zu haben. Seite 16
- **Öffentlichkeitsarbeit**
Aktuelle Materialien zu aktuellen Themen. Seite 21
- **Dokumentation**
Bundeskanzler Helmut Kohl zum Jahreswirtschaftsbericht: Nationale und internationale Herausforderung annehmen. Grüner Teil

Die Regierung soll zusätzliche Möglichkeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit prüfen

Ergänzend zu dem Beschuß der Koalition, die Vorrhestandsregelung auslaufen zu lassen, hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in ihrer Sitzung am 2. Februar 1988 auf Vorschlag des Bundeskanzlers folgenden Beschuß gefaßt:

1. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf, eine Kommission unter Beteiligung der Koalitionsfraktionen einzurichten, die bis zum Ende dieses Monats zusätzliche Möglichkeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit prüft.

2. Hierbei ist insbesondere die Situation der älteren Arbeitnehmer und der Langzeit- sowie der schwervermittelbaren Arbeitslosen zu berücksichtigen.

Gegenstand der Überlegungen sollen alle

Möglichkeiten der Qualifizierung, der Vermittlung und der Arbeitszeitgestaltung sowie der Förderung der Teilzeitarbeit sein. Unter Berücksichtigung der finanziellen Lage der sozialen Sicherungssysteme sind insbesondere Möglichkeiten eines gleitenden Übergangs vom Erwerbsleben in den Ruhestand in die Prüfung einzubeziehen.

Vorschläge für flexible Übergänge dürfen in den Branchen mit ausgewiesinem Facharbeitermangel den mittelfristigen Überlegungen zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit nicht im Wege stehen.

3. Einzubeziehen in die Überlegungen sind auch Möglichkeiten der Tarifpartner, auf der Grundlage gesetzlicher Rahmenbedingungen eigene Angebote zu entwickeln.

Norbert Blüm an OB Daniels:

„Ich bin stolz auf Ihre mutigen Worte“

Die Resonanz in der Bevölkerung auf die Daniels-Erklärung zu den Verhaftungen in Ost-Berlin ist „ausnahmslos positiv“, sagte Bonns Stadtsprecher Friedel Frechen. Das gehe aus zahlreichen Briefen „von Wilhelmshaven bis Regensburg“ an den Oberbürgermeister hervor. Bundesarbeitsminister Norbert Blüm telegraфиerte: „Als Bürger der Stadt Bonn bin ich stolz auf Ihr Auftreten in Potsdam und Ihre mutigen Worte. Entspannung darf nicht auf Kosten der Meinungsfreiheit gehen. Die freie Meinungsäußerung ist Grundvoraussetzung normaler deutsch-deutscher Beziehungen.“ Wörtlich sagte Daniels in Potsdam:

„Wie stark die Unterschiede in unserer Auffassung von der Freiheit der Meinungsäußerung sind, haben wir schmerzlich gerade wieder in den letzten Wochen, Tagen, bis in die letzten Stunden hinein erfahren müssen, als wir hörten von den Verhaftungen im Zusammenhang mit der Demonstration, die am 17. Januar dieses Jahres eingeleitet worden sind. Wir wissen, daß der Rat der Stadt Potsdam und auch die Stadtverordneten-Versammlung der Stadt Potsdam dafür nicht die Verantwortung tragen. Aber wir möchten Sie eindringlich bitten, daß Sie, die Sie ja auch Beziehungen und Verbindungen mit denen haben, die diese Entscheidungen zu verantworten haben, sich mit allem Nachdruck für die Freilassung aller Verhafteten einzusetzen, die aus Anlaß dieser Demonstration verhaftet worden sind.“

Friedhelm Ost:

Vorruestand hat wichtigen Beitrag zur Entlastung des Arbeitsmarktes geleistet

Zu dem Beschuß der Koalition, daß die seit 1984 geltende Vorruestandsregelung Ende dieses Jahres ausläuft, erklärte der Sprecher der Bundesregierung, Staatssekretär Friedhelm Ost:

Seit 1984 haben rd. 140.000 Arbeitnehmer von dem Angebot der Vorruestandsregelung Gebrauch gemacht; gut 70 Prozent der freigewordenen Arbeitsplätze wurden mit Arbeitslosen wiederbesetzt oder dienten der Sicherung bestehender Arbeitsplätze. Im weiteren Verlauf dieses Jahres werden sich diese Zahlen noch weiter erhöhen. Zu beachten ist auch, daß die finanziellen Zuwendungen aus dieser Regelung noch bis 1993 weiterlaufen.

In diesem Zusammenhang spricht der Bundeskanzler denjenigen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, die sich hier besonders engagiert haben, seinen Dank aus. Nachdem die Tarifpartner in der chemischen Industrie — also in dem Bereich, der die Vorruestandsregelung am stärksten in Anspruch genommen hat — von sich aus bereits das Auslaufen der Vorruestandsregelung beschlossen haben, ist auch die Koalition nach sorgfältiger Prüfung zu dem Ergebnis gekommen, daß eine Verlängerung nicht sinnvoll ist.

Ausschlaggebend hierfür war vor allem die Tatsache, daß sich grundlegende Änderungen im Altersaufbau der Bevölkerung inzwischen sehr deutlich abzeichnen. Konkret bedeutet dies, daß einerseits die geburtenstarke Jahrgänge in das Berufsleben eingetreten sind und die Jugendarbeitslosigkeit in erfreulicher Weise rückläufig ist, und daß andererseits

ein Mangel an qualifizierten Fachkräften zunehmend spürbar wird. Hinzu kommt, daß die Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich sowohl mit die kürzeste Lebensarbeitszeit als auch die längsten Ausbildungszeiten aufweist. All dies dürfte auch im Blick auf die Vollenlung des EG-Binnenmarktes Ende 1992 für die Bundesrepublik Deutschland zu zunehmenden Problemen führen und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft belasten.

Die Vorruestandsregelung hat also einen wichtigen Beitrag zur Entlastung des Arbeitmarktes geleistet. Angesichts veränderter Bedingungen ist es aber richtig, diese Regelung über 1988 hinaus nicht zu verlängern.

Sonderprogramm für Kommunen hatte Bilderbuch-Start

Das von der Bundesregierung mit Zinszuschüssen bedachte und auf dreimal fünf Mrd. DM ausgelegte Gemeindeprogramm findet trotz der angespannten Finanzlage vieler Kommunen einen schr liehaften Zuspruch. Bis jetzt wurden bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) Anträge von über eine Mrd. DM eingereicht, was den Vorstand veranlaßt, von einem „Bilderbuch-Start“ zu sprechen. Die Mittel werden auf maximal 20 Jahre zur Verfügung gestellt, der Zins von fünf Prozent (bei 100 % Auszahlung) wird dabei auf zehn Jahre festgeschrieben.

Helmut Kohl zur Südafrika-Reise von Franz Josef Strauß

Bundeskanzler Helmut Kohl hat die vom bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß in seinem Auftrag mit der südafrikanischen Regierung und der Führung von Mosambik geführten Gespräche ausdrücklich gutgeheißen. Dagegen seien die Abstecher von Strauß nach Namibia und in das Schwarzen-Homeland Bophuthatswana die eigene Entscheidung des bayrischen Ministerpräsidenten gewesen, erklärte Kohl nach der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes.

Die von Strauß in Mosambik geführten Gespräche hätten „zu guten Ergebnissen geführt“, betonte der Kanzler vor Journalisten. Nach den Gesprächen mit der südafrikanischen Regierung, zu der Strauß beste Beziehungen habe, bestehe eine gute Chance, inhaftierte Politiker der schwarzen Bevölkerung freizubekommen. Es gehe darum, betonte Kohl, in Südafrika ein Gespräch aller Gruppen zu erreichen und sie an einen Tisch zu bekommen.

Zu dem von FDP-Politikern heftig kritisierten Aufenthalt von Strauß in Namibia sagte der Kanzler, die Bundesregierung habe nicht die Absicht, ihre Namibia-Politik zu ändern. Für die Bundesregierung gebe es im Fall Namibia einen „klaren Kurs“. Helmut Kohl gab zu verstehen, daß es sich bei der Außenpolitik nicht um die eines Ministeriums handeln könne, Außenpolitik sei „Politik einer Regierung“, betonte er.

Zum Prag-Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl

Der Besuch des Bundeskanzlers in der ČSSR hat gute Grundlagen für die Verbesserung der deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen geschaffen.

Die Tage in Prag waren insbesondere auch ein persönlicher Erfolg Helmut Kohls, der einen vertraulichen Kontakt mit dem ČSSR-Ministerpräsidenten Strougal hergestellt hat, stellte Volker Rühe, Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, fest.

In den nächsten Monaten wird es für beide Seiten darauf ankommen, das in Prag geschaffene Vertrauenskapital in konkrete Vereinbarungen in allen Gebieten (humanitäre Fragen, wirtschaftliche Zusammenarbeit, Kooperation im Umweltschutz) umzumünzen. Der Besuch in Prag und die dabei geführten Gespräche mit der Kirche und der Charta 77 haben die Hoffnung für mehr Bewegung und auf Chancen für Neuerungen in der innenpolitischen Entwicklung der ČSSR verstärkt.

Die Elysee-Fiern am vergangenen Freitag (29. Januar 1988) in Paris und jetzt die Prag-Reise haben erneut deutlich gemacht, daß auf der Grundlage eines vertieften Vertrauensverhältnisses mit unseren Freunden im Westen auch neues Vertrauen zu unseren östlichen Nachbarn geschaffen werden kann.

Im Mittelpunkt: die Gesundheit – nicht die Reparatur von Krankheiten

In einem Pressegespräch erläuterte der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Gesundheitspolitik der CDU, Staatssekretär Albrecht Hasinger, in Bonn die Schwerpunkte der künftigen Arbeit des Ausschusses. Hasinger führte u. a. aus: Die CDU sagt ein klares Ja zum medizinischen Fortschritt. Fortschritte in Medizin und Medizintechnik dürfen nicht als Apparate- und Maschinenmedizin verteufelt werden. Hochspezialisierte Medizin ist dann human, wenn sie von einem vertrauensvollen Arzt-Patienten-Verhältnis und menschlicher Pflege begleitet ist. Sie muß — dies ist ein Thema der aktuellen Strukturreform — durch Konzentration auf das Notwendige für die Versicherten bezahlbar bleiben.

Die Gesundheitspolitik der kommenden Jahre darf aber nicht einseitig auf die Therapie von Krankheiten ausgerichtet sein. Die Gesundheitspolitik der Zukunft muß die Gesunderhaltung zu einem ihrer wesentlichsten Ziele machen. Die Gesundheit muß im Mittelpunkt stehen, nicht die Reparatur von Krankheiten.

Eine so definierte Gesundheitspolitik muß vom Gesundheitsbegriff der Weltgesundheitsorganisation (Gesundheit ist körperliches, geistiges, seelisches und soziales Wohlbefinden) Abstand nehmen. Gesundheit kann nicht als passives Wohlbefinden definiert werden. Der Gesundheitsbegriff der WHO entbindet den Menschen nicht von Mitverantwortung. Gesundheit bedeutet aktives Tun, ist ein dynamischer Prozeß.

Mitverantwortung des einzelnen für seine Gesundheit kann nicht vom Staat verord-

net werden. Aber die Gesundheitspolitik darf den einzelnen auch nicht mit seiner Mitverantwortung allein lassen. Die Gesundheitspolitik muß Schaltstellen für den Einsatz der Mitverantwortung des einzelnen einrichten. Solche Schaltstellen sind

Selbsthilfegruppen

Die Änderung von Lebensgewohnheiten (Ernährung, Bewegung, psychische Probleme, Alkoholentwöhnung) gelingt fast ausschließlich in der Gruppe. Ärzte müssen sich künftig noch intensiver als bisher Selbsthilfegruppen zur Verfügung stellen. Länder und Gemeinden sind aufgerufen, Selbsthilfegruppen intensiver als bisher zu fördern. Es ist billiger, eine Selbsthilfegruppe zu fördern, als einen Krankenhausaufenthalt, der durch Rückfall verursacht ist, zu bezahlen.

Ehrenamtliche Dienste

Ehrenamtliche Dienste müssen im Gesundheitswesen selbstverständlich werden. Jedes Krankenhaus, jedes Pflegeheim sollte einen Kreis ehrenamtlicher Helfer besitzen (grüne Damen). Die nach wie vor wachsende Freizeit sollten wir in Erholungszeit und Sozialzeit unterteilen. In den USA ist ehrenamtlicher Sozialdienst selbstverständlich. Auch bei uns muß es künftig zum guten Ton gehören, sich ehrenamtlich zu engagieren. Kommunen und Länder sollten ehrenamtliche Dienste durch die Förderung von Kontakttreffen, Vermittlungsaktionen, Anlaufstellen in den Krankenhäusern und Krankenheimen und durch einen Unkostenersatz für die ehrenamtlichen Helfer unterstützen.

Prävention und Anleitung zu gesunder Lebensweise

Mehr als bisher müssen Prävention und Anleitung zu gesunder Lebensweise zum Gegenstand des Gesprächs zwischen Arzt und Patient gemacht werden. Wenn sich die Ärzte nicht verstärkt diesem Thema widmen, werden zunehmend andere Berufsgruppen diesen Bedarf decken.

Es sollte in jeder größeren Stadt ein ärztlich geleitetes Gesundheitsvorsorgezentrum geben, in dem mindestens Bewegungstraining, Ernährungsberatung und autogenes Training angeboten werden.

Ganzheitliche Medizin

Seelische und körperliche Ursachen von Krankheiten oder Störungen werden heute oft in ihrer Verflechtung nicht richtig erkannt. Hier liegt ein wichtiges Aufgabenfeld der Allgemeinmedizin. Der Allgemeinmediziner als ärztliche Anlaufstelle und Persönlichkeit des Vertrauens des Patienten muß beide Bereiche sehen. Er muß wissen, wann er an einen Facharzt (Spezialisten) oder auch an einen nichtärztlichen Psychotherapeuten abzugeben hat.

Allgemeinmedizin, Prävention und Anleitung zu gesunder Lebensweise kommen in der ärztlichen Ausbildung zu kurz. Wir brauchen ordentliche Lehrstühle für Allgemeinmedizin. Ein solcher Lehrstuhl soll demnächst in Berlin eingerichtet werden. Die ärztliche Approbationsordnung muß Allgemeinmedizin und Gesundheitsberatung künftig als bedeutende Studien- und Prüfungsfächer vorsehen. Der leidige Streit über die Einordnung der Allgemeinmedizin in die praktische Ausbildung und Weiterbildung sollte durch eine klare Entscheidung auf Bundesebene entschieden werden.

Psychotherapeuten-Gesetz

Dringend regelungsbedürftig ist der Beruf des nichtärztlichen Psychothera-

peuten (klinischen Psychologen). Die heutige Rechtslage, wonach sich jeder Psychologe eine Genehmigung als Heilpraktiker beschaffen und psychotherapeutisch behandeln kann, ist gesundheitspolitisch unverantwortlich. Der Bundesfachausschuß wird Vorschläge für ein Psychotherapeuten-Gesetz machen, das ein Studium mit dem Schwerpunkt klinische Psychologie und eine anschließende praktische Ausbildung als Mindestqualifikation vorsieht.

Umweltmedizin

Gesundheits- und Umweltpolitik müssen künftig in einer Zusammenschau gesehen werden. Die großen Herausforderungen der Umweltpolitik:

- Bewahrung des Grundwassers als Trinkwasser-Reservoir vor dem zunehmenden Eintrag von Rückständen von Chemikalien,
- Klimaveränderungen durch die ständig zunehmende Verbrennung fossiler Brennstoffe.

Luftreinhaltung und Smog-Fragen

sind zugleich Grundfragen der Gesundheitspolitik. Es ist daher notwendig, das Fach Umweltmedizin stärker zu entwickeln. Die Einwirkungen der veränderten Umwelt auf die Gesundheit müssen erforscht und objektiviert werden. Objektive Daten liefern die notwendigen Parameter, damit die Umweltpolitik durch langfristige Maßnahmen gesundheitliche Belastungen reduzieren kann.

Der Fachausschuß Gesundheitspolitik strebt eine gemeinsame Arbeitsgruppe mit dem Fachausschuß Umweltpolitik zur Verwirklichung dieses Programms an.

Maßvolle Senkung der Zahl der Medizinstudenten

Trotz neuer Aufgaben in Prävention und Gesundheitserziehung werden in Deutschland zu viele Ärzte zu schlecht

Peter Radunski:

Mehr Geld im Portemonnaie ist das beste Argument für die Steuerreform

Gut angelaufen ist die Aktion der CDU zur Steuersenkung, weil die Arbeitnehmer es zum Monatsende schwarz auf weiß sehen: Mit der zweiten Stufe der Steuersenkung ab Januar dieses Jahres haben sie mehr Geld auf der Gehaltsabrechnung. Mehr Geld im Portemonnaie ist das beste Argument für die arbeitnehmerfreundliche Steuerreform, erklärt CDU-Bundesgeschäftsführer Peter Radunski.

Tausende von CDU-Mitgliedern haben in den zurückliegenden Tagen zehn Millionen Exemplare von CDU extra mit der Schlagzeile „Wir senken die Steuern“ bundesweit an die Haushalte verteilt. Vor allem in Baden-Württemberg, wo die Mitglieder mehr als zwei Millionen Zeitschriften verteilt haben, wird die Steuersen-

kung im Landtagswahlkampf als klarer Erfolg für die CDU verbucht. Resonanz und Nachfragen der Bürger sind so stark, daß zur Zeit eine zweite Auflage der Zeitung gedruckt wird. Auch die durch die Zeitung initiierte Telefon-Aktion, bei der Steuerexperten in der CDU-Bundesgeschäftsstelle den Anrufern Rede und Antwort standen, stieß auf große Zustimmung und mußte deshalb verlängert werden.

Mit ihrem Informations- und Argumentationsmaterial trägt die CDU-Bundesgeschäftsstelle dem eindeutigen Bedürfnis der Bürger nach konkreten Fakten zur Steuersenkung Rechnung. Mit diesen Tatsachen werden zugleich die bisherigen Unterstellungen und Verdrehungen der Neidkampagne von Teilen der SPD und einigen Gewerkschaften widerlegt.

(Fortsetzung von der vorigen Seite)

ausgebildet. Dies ist keine Kritik an den medizinischen Fakultäten. Vielmehr sind unsere Hochschulen durch die nach wie vor zu hohe Zahl von Medizinstudenten überfordert. Wir bilden heute ständig doppelt so viele Mediziner aus, als Mitte der 60er Jahre. Das Plenum der Westdeutschen Rektorenkonferenz hat am 2. November 1987 als Ursache der „unbestreitbaren Defizite der praktischen Ausbildung während des Studiums“ das Mißverhältnis zwischen Studenten- und Patientenzahlen bezeichnet und „eine rasche Reduzierung der Zulassungszah-

len“ gefordert. Alles andere sei ein Kuren an Symptomen. Dieser Hilferuf darf nicht ungehört verhallen.

Es ist eine der wichtigsten Aufgaben der Wissenschafts- und Gesundheitsminister der Länder, in den kommenden Monaten eine maßvolle Senkung der Zahl der Medizinstudenten herbeizuführen. Dazu ist eine Änderung der Kapazitätsverordnung — vielleicht in Abstimmung mit einer Änderung der ärztlichen Approbationsordnung — nötig. Der Bundesfachausschuß Gesundheitspolitik wird dazu in der nächsten Zeit Formulierungsvorschläge vorlegen.

Verkehrsberuhigende Maßnahmen steigern Wohnqualität der Städte

Die Einführung von Tempo 30 in bestimmten städtischen Zonen leistet einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Wohn- und Umweltbedingungen. Dies ist das Ergebnis eines Expertengesprächs, das Mitte Januar im Bundesbauministerium stattfand. Veranstalter waren das Ministerium und die Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung.

Planungspraktiker, Verbandsvertreter und Wissenschaftler zogen eine überwiegend positive Zwischenbilanz der zunächst bis Ende 1989 gültigen sogenannten „Zonengeschwindigkeitsverordnung“. Auf der Grundlage dieser Verordnung aus dem Jahr 1985 können die Straßenverkehrsbehörden die zulässige Höchstgeschwindigkeit innerörtlich für ganze Gebiete herabsetzen. Bundesbauminister Oscar Schneider bewertete die Ergebnisse der Expertenrunde als Beleg dafür, daß die Einführung von Tempo 30 in Kombination mit anderen Maßnahmen der Verkehrsberuhigung einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Wohnqualität in vielen Städten und Gemeinden leisten könne.

Im einzelnen kam die Expertenrunde zu folgenden Ergebnissen:

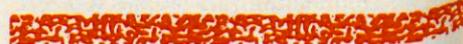
1. Tempo 30 wie andere Maßnahmen der Verkehrsberuhigung erhöhen insgesamt die Wohnqualität in den Städten für die Anwohner wie für die nicht motorisierten Verkehrsteilnehmer. Es wurde wieder attraktiver, zu Fuß zu gehen oder mit dem Rad zu fahren.
2. Die Zahl der schweren Unfälle mit Personen- und Sachschäden wurde in Tempo-30-Zonen beträchtlich reduziert.

Bei der Modellmaßnahme in Buxtehude beispielsweise sank die Zahl der Unfälle mit Personenschäden um die Hälfte.

3. Messungen ergaben, daß die Lärmbelastung an stark belasteten Straßen deutlich abnahm, im Durchschnitt um bis zu fünf Dezibel.

4. Entgegen der weitverbreiteten Ansicht sinken auch die streckenbezogenen Abgasemissionen bei Tempo 30. Der Kraftstoffverbrauch verringert sich um rund sieben Prozent.

Nach der vom Bundesbauministerium initiierten Phase des Experimentierens hat inzwischen eine große Zahl von Gemeinden erfolgreich Tempo-30-Zonen eingerichtet. Diese Maßnahme ist kurzfristig realisierbar und bringt einen ersten einfachen Einstieg in die Verkehrsberuhigung. Nach Ansicht von Bundesbauminister Schneider sollte die Einführung von Tempo-30-Zonen allerdings ergänzt werden durch bauliche Maßnahmen mit stadtgestalterisch hoher Qualität. Allein einige sogenannte „Straßenmöbel“ reichten nicht aus.



Weniger Verkehrsopfer

Mit unter 7.960 Todesopfern im Straßenverkehr zeigt, entgegen allen Befürchtungen, die Bilanz für das Jahr 1987 einen Rückgang um über 1.000 Tote gegenüber 1986 an. Auch der etwa fünfprozentige Rückgang der Unfälle mit Personenschäden auf 324.506 ist ein deutliches Indiz für die erfolgreiche Verkehrspolitik der Bundesregierung. Dies um so mehr, da sich die Fahrleistungen und die Anzahl der zugelassenen Pkw deutlich erhöhten.

Familien stehen im Mittelpunkt unserer Politik

Einen Schwerpunkt der Steuerpolitik der CDU-geführten Bundesregierung bildet die Familienpolitik. Nach unserer Auffassung sollen Steuerpflichtige mit Kindern bei gleichem Verdienst weniger belastet werden als Steuerpflichtige ohne Kinder.

Daher haben wir die Kinderfreibeträge bereits zum 1. Januar 1986 kräftig von 432 DM auf 2.484 DM pro Kind angehoben.

Die Steuergerechtigkeit gebietet, notwendige Ausgaben für Kinder, soweit sie nicht vom Kindergeld gedeckt sind, bei der Besteuerung angemessen zu berücksichtigen.

Daher soll mit der 3. Stufe der Steuersenkung 1990 der Kinderfreibetrag erneut um 540 DM auf dann 3.024 DM erhöht werden.

Neben der Erhöhung der Kinderfreibeträge treten weitere Verbesserungen bei der steuerlichen Berücksichtigung der notwendigen Aufwendungen für den Unterhalt in Kraft. Wer Kinder in der Ausbildung hat, wird steuerlich deutlich stärker entlastet als bisher. So stehen den betroffenen Familien ab 1988 wiederum erhöhte Ausbildungsfreibeträge zu.

Für Alleinstehende, zu deren Haushalt mindestens ein Kind gehört, wurde der Haushaltssreibetrag schon zum 1. Januar 1986 von bisher 4.212 DM um 324 DM auf 4.536 DM erhöht. Seit 1. Januar 1988 ist der Haushaltssreibetrag um weitere 216 DM auf 4.752 DM gestiegen.

An allen anderen Steuersenkungen haben Familien den gleichen Anteil wie alle Bürger. So wirkt sich die Erhöhung des Grundfreibetrages für alle Steuerpflichti-

gen auch günstig für die Familien aus. Auch von der allgemeinen Absenkung der Steuerprogression profitieren die Familien.

So müssen 1988 Familien mit zwei Kindern erst ab einem Jahreseinkommen von 20.273 DM Steuern zahlen. 1985 lag diese Grenze noch bei 13.955 DM.

Für Verheiratete mit vier Kindern beginnt die Steuerpflicht sogar erst bei einem jährlichen Einkommen von 26.321 DM gegenüber 15.036 DM im Jahre 1985.

Auch Einzelbeispiele belegen die deutlichen steuerlichen Entlastungen für Familien.

■ Ein Familienvater mit zwei Kindern und einem monatlichen Einkommen von 4.000 DM hat nach den drei Stufen der Steuerreform 1986, 1988 und 1990 eine Entlastung von monatlich 162,62 DM oder 29,7 Prozent. Er wird also nach der Steuerreform 1990 fast ein Drittel weniger Lohn- bzw. Einkommensteuer zahlen.

■ Ein verheirateter Durchschnittsverdiener mit zwei Kindern und einem Bruttojahresverdienst von 42.707 DM (Steuerklasse III/2) zahlte 1985 noch 4.894 DM Lohnsteuer, 1990 wird er nur noch 2.928 DM zahlen. Durch diese Steuersenkung um 40,2 Prozent bleiben ihm ab 1990 pro Jahr netto 1.966 DM mehr. Zum Vergleich: Ein Alleinstehender mit dem gleichen Bruttojahresverdienst wird 1990 um 1.767 DM oder 19,9 Prozent entlastet.

■ Ein weiteres Beispiel zeigt, daß der dreistufig angelegte Steuersenkungsplan vor allem auch kinderreichen Familien zugute kommt. So wird ein verheirateter Arbeitnehmer mit vier Kindern bei einem Jahresverdienst von 30.500 DM (Steuer-

klasse III/4) 1990 keine Steuern mehr zahlen. 1985, vor der Steuerreform, zahlte er noch 2.804 DM. Dieser Arbeitnehmer wird durch die Steuerreform um 100 Prozent entlastet, d. h. er hat von 1990 an 2.804 DM netto mehr als 1985.

Neben den steuerlichen Entlastungen gibt es noch eine breite Palette weiterer Verbesserungen für die Familien: das ab 1988 auf 12 Monate verlängerte Erziehungsgeld sowie den auf den gleichen Zeitraum ausgedehnten Erziehungsurlaub mit Beschäftigungsgarantie, die Anrechnung von Kindererziehungszeiten bei der Rente, eine Aufstockung des Wohngeldes und eine Verbesserung der steuerlichen Berücksichtigung von Kindern bei Familien, die Wohneigentum erwerben (Abzug von 600 DM pro Kind jährlich von der Steuerschuld).

Die Steuerreform 1986/90 in Verbindung mit den zusätzlichen Verbesserungen bringt so für alle Familien eine erhebliche Erhöhung ihrer Einkommen.

Talk-Show brach alle Rekorde

Der Fernseh-Disput zwischen Ex-Showmaster Hans-Joachim Kulenkampff und CDU-Generalsekretär Heiner Geißler hat alle Zuschauerrekorde bisheriger Talk-Shows gebrochen. Nach Mitteilung des Norddeutschen Rundfunks (NDR) sahen rund 30 Prozent aller Haushalte in den sechs Bundesländern Hamburg, Bremen, Berlin, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hessen sowie in Kabelnetzen des übrigen Bundesgebietes am Freitagabend (29. Januar 1988) in der NDR-Talk-Show die Diskussion zwischen „Kuli“ und Geißler. Nach Angaben der Gesellschaft für Konsumforschung (GFK) in Nürnberg ist das die höchste Einschaltquote, die eine deutschsprachige Talk-Show je erreicht hat.

Programmgestalter kennen ihre treuesten Seher und Hörer nicht

Wer sich einen Überblick von den Sendungen in den öffentlich-rechtlichen Anstalten macht, kann sich des Eindrucks kaum erwehren, daß die Verantwortlichen bei Hörfunk und Fernsehen nicht wissen, daß über 20 Prozent der Bevölkerung älter als 60 Jahre sind und daß wiederum gerade diese die eifrigsten und treuesten Seher und Hörer sind. Bei einer kürzlich veranstalteten Rundfunkaktion bei den Anstalten der ARD wurde unter anderem deutlich, daß Themen der älteren Generation zumeist kurzfristig und ohne längere Planung oder gar Systematik in die Programme mit einbezogen werden.

Auf einer Fachtagung in Wien zum Themenbereich „Darstellung der älteren Generation in den Medien“ wurde gefordert, daß ältere Menschen — ähnlich wie andere gesellschaftliche Gruppierungen auch — in den Aufsichtsgremien der Rundfunkanstalten vertreten sein sollten, um die Belange und Bedürfnisse der älteren Generation wahrzunehmen.

Zitat

„Wir Deutschen sind nicht neutral und streben Neutralität nicht an, weil wir die Größenordnungen kennen, unsere eigene Größenordnung ebenso wie die des Westens und des Ostens. Wir spüren keine Neigung, im Niemandsland zwischen Ost und West herumzustolpern. Dies gilt für die Bundesrepublik Deutschland allein ebenso wie für ein ganzes Deutschland.“

(Aus einem Vortrag der Bundesministerin für innerdeutsche Beziehungen, Dorothee Wilms, im französischen Institut für internationale Beziehungen, Paris)

Bundesminister Töpfer fordert:

Bundesamt für Strahlenschutz und Reaktorsicherheit

Weil es ihm nicht um den Tod, sondern um die Genesung des Patienten Atomenergie geht, setzt sich Bundesumweltminister Klaus Töpfer dafür ein, daß die Kontrollmöglichkeiten des Bundes im Kernenergiebereich deutlich verbessert werden. Er könne sich nicht damit zufrieden geben, so Töpfer, daß das Bundesumweltministerium bei Vorfällen, wie sie sich jüngst in Hanau ereigneten, „so etwas wie der Lazarettwagen hinter der Front“ sei. Deshalb fordert Töpfer jetzt die Errichtung eines Bundesamtes für Strahlenschutz und Reaktorsicherheit.

Aufgrund der Affäre um die hessischen Nuklearbetriebe ist die Diskussion um die friedliche Nutzung der Kernenergie neu entfacht worden. „Gegen den Willen der Bevölkerung“, so Töpfer, „kann man die Atomenergie nicht nutzen, auch wenn man sie selbst für vertretbar hält. Wir müssen uns heute fragen, ob wir das Vertrauen der Bürger in die Kernenergie zurückgewinnen können. Wir können eine Politik nur dann demokratisch verantworten, wenn wir dafür eine Mehrheit gewinnen. Ob uns das mit der Kernenergie gelingt, ob es mit ihr weitergeht, ist für viele eine offene Frage. Es gibt für mich nicht das Motto: Da wir Kernenergie nun einmal haben, muß das für alle Zeiten so bleiben.“

Bessere Kontrollmöglichkeiten

Primär geht es in der jetzigen Situation darum, zunächst die Schwachstellen des bisherigen Überwachungssystems bei der Entsorgung radioaktiver Abfälle gründ-

lich zu analysieren. Gleichzeitig müssen die Kontrollmöglichkeiten, die im Laufe der Zeit durch die zunehmende Verflechtung der Atomindustrie immer schwieriger geworden sind, verbessert werden. Dafür sind vor allem kontrollfreundlichere Unternehmensstrukturen notwendig. Um dies zu erreichen, wäre zum Beispiel eine institutionelle Trennung von Bezug, Bearbeitung und Entsorgung radioaktiven Materials hilfreich. In diesem Zusammenhang prüft das Bundesumweltministerium derzeit, inwieweit der Transport radioaktiven Materials in der Hauptsache von der Deutschen Bundesbahn übernommen werden kann. Denn damit könnte eines der labilsten Glieder der Entsorgungskette sicherer gemacht werden.

Zuständigkeiten neu überdenken

Um die Erwartungen, die von der Bevölkerung an die Bundesaufsicht gestellt werden, erfüllen zu können, muß über die Kompetenzverteilung im Bereich der Reaktorsicherheit neu nachgedacht werden. Dabei ist vor allem zu prüfen, ob nicht für alle Fragen, die den Atomwaffensperrvertrag betreffen, auch der Bundesumweltminister mitzuständig sein muß, der ohnedies die Weitergabe von Plutonium zu kontrollieren hat. In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage, ob die bisherige Aufgabenteilung zwischen Bund und Ländern noch länger tragbar ist. Denn mit den vorhandenen Instrumentarien kann der Bundesumweltminister derzeit seinen Kontrollaufgaben als Bundesaufsicht nicht gerecht werden. Eine sachgerechte Arbeit ist nur dann

Verleihverbot für pornographische und Gewalt-Videos

Im Mittelpunkt der ersten gemeinsamen Sitzung weiblicher Bundes- und Landtagsabgeordneter der Unionsparteien seit 15 Jahren standen die Themen Pornographie und Gewalt gegen Frauen. Übereinstimmend wurde das gestiegene öffentliche Interesse an diesem brisanten und facettenreichen Problem begrüßt und den Initiatorinnen der neuen Anti-Pornographie-Kampagne breite Unterstützung signalisiert.

Schutz der Menschenwürde bedeutet — so die einhellige Meinung der Anwesenden — sich klar gegen alle Versuche auszusprechen, Frauen wie Männer zu Sexualobjekten zu degradieren. Dies als konservativen Moralismus, als Angriff auf eine Jahrzehnte währende Liberalisierung mißzuverstehen, heißt unbegrenzte Freiheit der einen durch Aufgabe der Persönlichkeitsrechte anderer erkaufen zu wollen.

Auf dem politischen Kalender der laufenden Legislaturperiode sollen stehen:

(Fortsetzung von der vorigen Seite) möglich, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

- Die Bundesaufsicht muß voll informiert sein, um bei Vorfällen — wie sie sich in den letzten Wochen ereigneten — sofort eingreifen zu können.
- Die privatwirtschaftlichen Unternehmensstrukturen müssen durchschaubar und kontrollgeeigneter gemacht werden.
- Überlegungen zur Verbesserung des Kontrollsystems dürfen nicht schon beendet werden, sobald die Zuverlässigkeit

- Verleihverbote pornographischer und gewaltverherrlichender Videos;
- breite gesellschaftliche und parlamentarische Diskussion über Gewalt in der Ehe sowie
- Eindämmung des organisierten Frauenhandels aus der Dritten Welt.

Menschenrechte sind nicht teilbar. Sie gelten für Frauen in der Bundesrepublik Deutschland ebenso wie in allen anderen Ländern unserer Welt.

Dazu **Ursula Männle**, MdB und Vorsitzende der Arbeitsgruppe Frauen in der Bundestagsfraktion:

„Wir Unionspolitikerinnen in Bund und Ländern fordern eine parteiübergreifende Allianz gegen Frauendiskriminierung und Menschenverachtung in der Bundesrepublik Deutschland, und solidarisieren wir uns mit den Opfern in anderen Ländern! Engagieren wir uns gemeinsam für den Schutz der Menschenwürde auf allen parlamentarischen Ebenen.“

Personalie

Ingo Friedrich, CSU-Europaabgeordneter, ist für weitere zwei Jahre in seinem Amt als Präsident der Europäischen Mittelstands-Union EMSU bestätigt worden.

eines einzelnen Unternehmens in der Kernenergie wiederhergestellt ist.

Umweltminister Töpfer, der sich in den vergangenen Wochen nicht immer ausreichend über die Vorfälle in den einzelnen Ländern und Unternehmen informiert fühlte, sieht daher in der Einrichtung eines Bundesamtes für Strahlenschutz und Reaktorsicherheit einen wichtigen Schritt nach vorn: „Wir wollen nicht länger nur Feuerwehr spielen, sondern brauchen unseren originären Informationsstand.“

Bundesfachausschuß Umweltpolitik:

Unsere besondere Sorge gilt dem Naturschutz und der Landschaftspflege

Der neue Bundesfachausschuß Umweltpolitik der CDU, dem — wie bereits in der letzten Legislaturperiode — über 40 hervorragende Experten aus Wissenschaft, Politik und Verbänden angehören, wird auf der Basis des 17-Punkte-Programmes der CDU neue Initiativen der CDU in der Umweltpolitik auf den Weg bringen.

Der Bundesfachausschuß Umweltpolitik hat sich folgende Themenschwerpunkte gesetzt:

1. Die Aufnahme des Umweltschutzes als Staatsziel ins Grundgesetz ist in der CDU noch nicht abschließend entschieden. Der Bundesfachausschuß wird sich in die Diskussion einschalten und Vorschläge unterbreiten, wie das Staatsziel Umweltschutz im Grundgesetz bestmöglich verankert werden kann.

2. Das heutige Umwelthaftungsrecht weist erhebliche Defizite auf und wird daher nur unzureichend dem Vorsorgeprinzip gerecht. Deshalb wird der Bundesfachausschuß Umweltpolitik Grundsätze für ein neues Umwelthaftungsrecht erarbeiten, das als wirksames marktwirtschaftliches Instrument das Vorsorgeprinzip durchsetzt und eine schnelle Abwicklung von Schadensersatzansprüchen gewährleistet. Das bedeutet Ausbau der Gefährdungshaftung und Einführung einer obligatorischen **Umwelthaftpflichtversicherung**. Der Bundesfachausschuß wird in einer Reihe von Gesprächen mit Juristen, Wirtschaftswissenschaftlern, Versicherern, Versicherten und mit Vertretern der Berufsgenossenschaften Vor-

schläge zur Weiterentwicklung des Umwelthaftungsrechts diskutieren.

3. Umweltverschmutzungen machen nicht an Grenzen halt. Deshalb wird die CDU ihren Einsatz für internationalen Umweltschutz verstärken, damit die Bundesrepublik Deutschland auch weiterhin Vorreiter im internationalen Umweltschutz bleibt. Wir werden uns mit Nachdruck dafür einsetzen, daß die von der Nordseeschutzkonferenz beschlossenen Maßnahmen zügig durchgeführt werden.

Darüber hinaus wird der Bundesfachausschuß die Idee einer supranationalen Elbe-Schutzkonferenz aufgreifen und konkrete Vorschläge für eine konzertierte Aktion zwischen der Bundesrepublik Deutschland, der DDR und der Tschechoslowakei erarbeiten. Denn substantielle Fortschritte bei der Verbesserung der Wasserqualität der Elbe können nur dann erreicht werden, wenn alle drei Staaten gemeinsam an einem Tisch verhandeln. Außerdem wird der Bundesfachausschuß Gespräche mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments und Vertretern der EG-Kommission führen, um die umweltpolitischen Positionen der CDU zu verdeutlichen und verstärkt zur Durchsetzung in der Europäischen Gemeinschaft beizutragen.

4. Das Abfallproblem, insbesondere das Problem „Sonderabfälle“, muß offensiv behandelt werden. Ausstieg aus der Industriegesellschaft und Abfalltourismus sind keine Lösungen. Um eine reibungslose Entsorgung von Sonderabfällen auch in Zukunft sicherzustellen, müssen mittelfristig zusätzlich 10 Hochtemperatur-Ver-

brennungsanlagen mit einer jährlichen Gesamtkapazität von 500.000 bis 600.000 Tonnen errichtet werden. Obwohl nach Auffassung von Experten von solchen Anlagen keine Gefährdungen für Mensch und Umwelt ausgehen, stehen Politiker, die den Bau der Anlagen vor Ort vertreten müssen, vielfach vor großen Akzeptanzproblemen in der Bevölkerung. Der Bundesfachausschuß hat sich hier die Aufgabe gestellt, die zum Teil sehr emotional geführte Debatte um die Errichtung von Müll-Verbrennungsanlagen zu versachlichen.

5. Eine besondere Herausforderung in der Umweltpolitik bleiben Naturschutz

und Landschaftspflege. Der Bundesfachausschuß wird für die umfassende Novellierung des Naturschutzgesetzes Vorschläge erarbeiten, die sicherstellen, daß die Novellierung wildlebende Pflanzen- und Tierarten und ihre Biotope wirksam schützt, um so eine Trendwende in der Artengefährdung und der Landschaftszerstörung zu erreichen.

6. Der Bundesfachausschuß Umweltpolitik wird auch in dieser Legislaturperiode gezielt das Gespräch mit Natur- und Umweltschutzverbänden suchen, um auch mit Hilfe ihrer Vorschläge eine Verbesserung im Natur- und Umweltschutz zu erreichen.

Untersuchungsausschuß des Europäischen Parlaments zum Atommüllskandal

Die Mitglieder der EVP-Fraktion im Untersuchungsausschuß des Europäischen Parlaments für den grenzüberschreitenden Transport von radioaktiven Abfällen fordern nicht nur die rückhaltlose Aufklärung der „skandalösen Vorgänge“ im Zusammenhang mit der Firma Transnuklear und dem belgischen Atomforschungszentrum Mol. Noch wichtiger sei es, Antworten auf die Fragen zu finden, welche Sicherungen und zusätzliche Kontrollen notwendig seien, um verantwortliches Handeln bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie in Zukunft zu gewährleisten.

Die EVP-Abgeordneten im Untersuchungsausschuß, Siegbert Alber (CDU), Ursula Braun-Moser (CDU), Marcelle Lentz-Cornette und Pol Marck, erklärten nach der konstituierenden Sitzung in

Brüssel ihre Übereinstimmung mit Bundesumweltminister Klaus Töpfer. Er habe vor dem Umweltausschuß des Europäischen Parlaments in seiner Eigenschaft als Ratspräsident gesagt, daß die Frage nach der moralischen Integrität von Menschen, die mit Technik umgehen, letztlich im Mittelpunkt dieses Skandals stehe. Die vier Abgeordneten warnten allerdings davor, daß der Untersuchungsausschuß über seinen eigentlichen, vom Parlament beschlossenen Auftrag — Untersuchung des Transports von radioaktiven Abfällen aus dem Kernforschungszentrum Mol und dabei vermutlich begangene Verstöße gegen EG-Rechtsvorschriften — hinausgehe und die friedliche Nutzung von Kernkraft insgesamt in Frage stellen versuche. Tendenzen dieser Art seien auf Seiten sozialistischer und grüner Ausschußmitglieder bereits sichtbar geworden.

Neue Chancen für den ländlichen Raum

Der ländliche Raum bietet gegenüber den Ballungsgebieten eine Reihe von Vorteilen, die heute immer mehr Menschen zu schätzen wissen: naturnahes Wohnen, überschaubare Lebensverhältnisse, vielfältige Vereinsaktivitäten. Dennoch fehlt dem ländlichen Raum in vielen Regionen der Bundesrepublik Deutschland eine ausreichende Wirtschaftskraft, um der heute dort lebenden Bevölkerung auch ein attraktives Angebot an Arbeitsplätzen zur Verfügung zu stellen. Diese Unzulänglichkeit wird durch die derzeitigen Probleme in der Agrarpolitik verschärft, stellt der Vorsitzende der Kommission „Ländlicher Raum“, Ministerpräsident Ernst Albrecht, fest.

Vor diesem Hintergrund hat sich die Kommission die Aufgabe gestellt, Wege aufzuzeigen, wie die vorhandenen Strukturschwächen mit einer umfassenden Politik für den ländlichen Raum abgebaut werden können. Es geht darum, dem ländlichen Raum neue Entwicklungschancen zu eröffnen und der drohenden Entleerung entlegener Regionen entgegenzuwirken. Dazu hat sich die Kommission folgende Themenschwerpunkte gesetzt:

- Der säkulare Trend zur Dienstleistungsgesellschaft und die weitgehende Standortunabhängigkeit als Folge der neuen Kommunikationstechnologien eröffnen auch Regionen fernab der Verdichtungsräume neue Chancen. Ähnlich wie die Eisenbahn im 19. Jahrhundert und die Autobahnen im 20. Jahrhundert wichtige Schrittmacherdienste für die wirtschaftliche Entwicklung leisteten, ist die Telekommunikation heute eine Schlüsseltechnologie. Sie wird in Zukunft über die Prosperität von Regionen ent-

scheiden. Die Kommission wird daher intensive Gespräche mit dem Bundespostminister führen, damit den ländlichen Räumen zeitgleich mit den Ballungsgebieten die für die Telekommunikation notwendige Infrastruktur angeboten wird. Denn dem ländlichen Raum darf der Anschluß an die Zukunft nicht verweigert werden.

● Der Einsatz neuer Technologien, insbesondere der Mikroelektronik, begünstigt die Entwicklung kleinerer Produktionseinheiten. Mittelständische Unternehmen im ländlichen Raum erhalten durch die neuen Medien rasch und kostengünstig Zugang zu Informationen und Datenverarbeitung. Die Kommission wird deshalb in ihrer nächsten Sitzung eine Anhörung von Unternehmen aus dem ländlichen Raum durchführen, um sich einen Überblick zu verschaffen, wie die Ansiedlung von Firmen auch aus dem Hochtechnologiesektor in strukturschwachen Regionen besser gefördert werden kann.

● Für Unternehmen der Zukunftsindustrie ist die Nähe zu Hochschulen und Forschungseinrichtungen ein wichtiges Standortkriterium. Kontakte zur Forschung und zu Technologiezentren sind eine Voraussetzung für positive Ansiedlungsentscheidungen und damit für die Steigerung von Innovationsaktivitäten in einer Region von entscheidender Bedeutung. Deswegen wird die Kommission Vorschläge erarbeiten, wie die Forschung stärker dezentralisiert werden kann, um Forschungsnähe und Technologietransfer für den Mittelstand im ländlichen Raum zu verbessern.

Die äußerst wichtigen agrarpolitischen Probleme will die Kommission erst in der zweiten Phase ihrer Arbeiten erörtern.

Der innere Frieden ist nicht zum Null-Tarif zu haben

Der innere Friede, das heißt der Schutz der Bürger vor Angriffen auf ihre Rechtsgüter, ist nicht zum Null-Tarif zu haben. Im vergangenen Jahr hat der Bund rund 1,2 Milliarden Mark für den Bundesgrenzschutz (BGS) aufgewandt. Der vom Bundesminister des Innern vorgelegte Tätigkeitsbericht belegt, daß die gut 20.000 Angehörigen in den BGS-Verbänden und im Grenzschutzeinzelndienst ihren polizeilichen Auftrag auch in schwierigen Lagen und vielfach unter Einsatz von Leib und Leben erfolgreich erfüllt haben, stellen Johannes Gerster, Innenpolitischer Sprecher und Joachim Clement, Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Innenausschuß, fest.

Die Aufgriffserfolge des BGS, seine Einsätze zum Schutz der Demonstrationsfreiheit gegen gewalttätige Kriminelle, beim Objektschutz und bei Großveranstaltungen widerlegen die Diffamierungsversuche von Seiten der Grünen und deren Forderung nach Abschaffung des BGS.

Der BGS steht in den nächsten Jahren vor neuen und wichtigen Herausforderungen:

■ Wenn die von den Unions-Parteien durchgesetzte Strafbarkeit der Verummierung und Schutzbewaffnung bei Demonstrationen verwirklicht ist, wird der beweissicheren Festnahme von Gewalttätern noch größere Bedeutung zukommen. Wir erwarten deshalb, daß die Ausbildung der BGS-Verbände zur Ergreifung von Straftätern bei Demonstrationen intensiviert wird, damit jederzeit einsatz-

bereite Festnahme- und Dokumentationsgruppen vorhanden sind.

■ Der innerhalb der EG beabsichtigte und mit Frankreich und den Benelux-Staaten bereits vereinbarte Abbau der Kontrollen an den Binnengrenzen macht in den nächsten Jahren eine Umorganisation des Grenzschutzeinzelndienstes erforderlich. Die Kontrolle an den Außengrenzen und auf den Flughäfen muß beträchtlich verstärkt sowie mit den Partnerstaaten eine gemeinsame Sicherheitspolitik erarbeitet werden.

■ Die Personalplanung muß sich auf den voraussehbaren Nachwuchsmangel in den 90er Jahren einstellen. Wir haben deshalb den Bundesinnenminister bei der Einstellung von 3.300 Polizeianwärtern in diesem und dem letzten Jahr sowie der Hebung von 824 Planstellen im mittleren Dienst nachdrücklich unterstützt. Wir werden darauf achten, daß die Einsatzbereitschaft des BGS auch künftig nicht unter der angespannten Haushaltsslage leidet.

■ Die Bundesregierung hat für diese Wahlperiode eine Novellierung des BGS-Gesetzes zur Umsetzung der Grundsätze des Volkszählungsurteils zum Datenschutz angekündigt. Diese Novellierung sollte auch der zukünftigen Aufgaben- und Personalentwicklung Rechnung tragen. So sind in den letzten Jahren zum Beispiel mit dem Schutz der deutschen Auslandsvertretungen, auf den Flughäfen, beim Umweltschutz usw. neue Aufgaben in den Vordergrund getreten. Die technologische Entwicklung und die europäische Integration ebenfalls werden sich bringen.

Die CDU bekennt sich zu einem humanen Leistungssport

Der Bundesfachausschuß „Sport“ der CDU, dem hervorragende Experten aus allen Bereichen des Sports angehören, hat bei seiner Konstituierung die Schwerpunkte für seine Arbeit festgelegt. Das Jahr 1988 steht im Zeichen der Olympischen Spiele und wird daher die Diskussion um die Förderung des Spitzensports beeinflussen. Die Sportpolitik sollte aber auch in die Kostendämpfungsdebatte im Gesundheitswesen einbezogen werden und außerdem Antworten geben auf drängende Fragen der Vereinsbesteuerung und der Konflikte zwischen Sport und Umwelt.

Im einzelnen geht es dabei — so der Vorsitzende des Bundesfachausschusses „Sport“, Ferdi Tillmann, — um folgende Themen:

Förderung des Spitzensports

Bei aller Diskussion um das richtige Förderkonzept für den Spitzensport muß hervorgehoben werden, daß die Bundesregierung ausreichend Mittel zur Verfügung stellt, um ihren Teil dazu beizutragen, das Konzept „Olympiastützpunkte“ zu verwirklichen.

Die CDU bekennt sich zu einem humanen Leistungssport. Sie lehnt Doping und andere Manipulationen am Athleten ab. Die Verbesserung der medizinischen, psychologischen und physiologischen Betreuung an den Olympiastützpunkten wird dazu beitragen, die Athleten optimal vorzubereiten und ihnen Chancengleichheit zu sichern.

Die CDU wird nach den Olympischen Spielen mit dem Deutschen Sportbund

eine Bilanz ziehen und prüfen, in welchen Punkten die Förderung des Spitzensports zu ändern oder zu verbessern ist.

Sport und Gesundheit

Sport zur Vorbeugung und Heilung von Krankheiten gewinnt immer mehr an Bedeutung. „Eine Mark für den Sport erspart zehn Mark für Rehabilitation“, sagte Generalsekretär Heiner Geißler bei der konstituierenden Sitzung des Bundesfachausschusses „Sport“ und setzte damit einen Schwerpunkt für die Arbeit des Ausschusses. Die CDU wird deshalb in die Kostendämpfungsdebatte die gesundheitspolitischen, sozialpolitischen und ökonomischen Aspekte des Sports einbeziehen. Darüber hinaus soll im Bundesfachausschuß „Sport“ gemeinsam mit den Bundesfachausschüssen „Gesundheitspolitik“ und „Sozialpolitik“ sowie den Vereinigungen der Partei eine Strategie entwickelt werden, wie der Zusammenhang von Sport und Gesundheit in Gesetzgebung, medizinischer Versorgung und Freizeit der Bürger umgesetzt werden kann. Nachdrücklich fordere ich die Bundesländer und die medizinischen Fakultäten auf, sich nicht länger der Aufnahme der Sportmedizin in die Approbationsordnung zu widersetzen.

Sport und Steuer

Die CDU wird sich dafür einsetzen, daß bei der Neuordnung des Gemeinnützkeitsrechts das uneigennützige Wirken der Vereine und ihrer Mitglieder steuerlich nicht nur weiterhin anerkannt, sondern mehr als bisher gefördert wird. Der Bundeskanzler hat hierzu mit seiner Regierungserklärung vom 18. März 1987 eine Zusage gegeben. Die CDU erwartet,

daß die von der Bundesregierung 1985 eingesetzte Kommission zur Prüfung des Gemeinnützigkeitsrechts ihr Gutachten nun endlich vorlegt, damit die notwendigen und überfälligen Gesetzgebungsarbeiten in Angriff genommen werden können.

Die CDU geht davon aus, daß auch der Deutsche Sportbund seine Vorstellungen für ein umfassendes Steuervereinigungskonzept in die Beratungen zur Auswertung des Gutachtens miteinbringt. Dies gewinnt besondere Bedeutung angesichts der Diskussion über Wettbewerbsverzerrungen gegenüber mittelständischen Gewerbebetrieben.

Sport und Umwelt

Sport und Umweltschutz sind keine Gegensätze. Diese Erkenntnis hat sich mehr und mehr in der öffentlichen Diskussion durchgesetzt und auch dazu beigetragen, daß die Umweltminister und Sportminister der Länder bei der Bewertung von Sportgeräuschen sich auf eine sportfreundlichere Lösung verständigen konnten. Es wird nun darauf ankommen, daß die neue VDI-Richtlinie, die zur Zeit erarbeitet wird, und die anstehende Novellierung der Baunutzungsordnung die Belange des Sports so berücksichtigen, daß bestehende Anlagen geschützt werden und auch in Zukunft neue Anlagen in Wohnnähe möglich sind. Der Bundesfachausschuß „Sport“ hat hierzu Vorschläge erarbeitet, für deren Realisierung er sich einsetzen wird.

Zitat

„Wir werden die Politik der Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft konsequent forsetzen und die Rahmenbedingungen für mehr — vor allem qualitatives — Wachstum und für mehr Beschäftigung verbessern.“

(Bundeskanzler Helmut Kohl)

Geschäftsstelle in Neuss in den letzten Wochen versenden lassen. Seiner Bitte, freie Arbeitsplätze für betroffene Stahlarbeiter in Rheinhausen zu melden, sind inzwischen mehr als 50 Unternehmen gefolgt. Zusammen mit Einzelaktionen in Krefeld und Geldern, so Wimmer in einer Pressekonferenz, seien schon 160 mögliche Arbeitsplätze angedient worden. Auch aus dem Kreis Neuss, besonders aus Dormagen, Grevenbroich und Kaarst, hatten Firmen freie Plätze angeboten, die möglicherweise mit Fachleuten aus Rheinhausen besetzt werden können.

Eyrich für Aufnahme der Biotechnologie in Patentrecht

Das Patent- und Sortenschutzrecht sollte nach Ansicht des baden-württembergischen Justizministers Heinz Eyrich auf biotechnologische Entdeckungen und Erfindungen ausgeweitet werden. Damit könnten deutsche Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik gehalten sowie Wettbewerbsnachteile auf internationaler Ebene verhindert werden. Eyrich, der auch Vorsitzender des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ) ist, erklärte weiter, in den vergangenen Jahren seien Verfahren im Bereich der „belebten Natur“ beherrschbar geworden. Dies lege eine Überprüfung bestehender Patentierungsbeschränkungen nahe.

CDU am Niederrhein will Nachbarschaftshilfe

Fast 300 Briefe an Unternehmen des Niederrheins hat Bundestagsabgeordneter Willy Wimmer in seiner Eigenschaft als Bezirksvorsitzender der CDU über die

Neue Paßgesetze dienen dem Schutz und der Sicherheit unserer Bürger

Mit Inkrafttreten des neuen Paßgesetzes am 1. Januar 1988 ist in der Bundesrepublik Deutschland ein neuer fälschungssicherer und maschinell lesbare Reisepaß eingeführt worden. Er entspricht dem Sicherheitsstandard des neuen Personalausweises, von dem seit seiner Einführung am 1. April 1987 bereits über fünf Millionen ausgegeben wurden.

Der mit dem neuen Ausweis erzielte Sicherheitsgewinn wäre unvollkommen gewesen, wenn nicht der Reisepaß dem Ausweis angeglichen worden wäre, weil andernfalls auf Grund der Wahlmöglichkeit zwischen Personalausweis und Reisepaß beim Grenzübertritt von einem neuen Personalausweis auf einen konventionellen Reisepaß ausgewichen werden könnte, erklärt Staatssekretär Carl-Dieter Spranger vom Bundesinnenministerium.

Grundlage dieses neuen Sicherheitssystems ist ein einstimmiger Beschuß der Ständigen Konferenz der Innenminister der Länder vom 22. Juni 1978, in dem insbesondere die maschinelle Lesbarkeit der Identitätspapiere zur Erreichung des angestrebten Sicherheitsgewinns gefordert wird.

Die maschinelle Lesbarkeit des neuen Reisepasses erhöht weder ein angebliches Risiko für den Bürger, in Karteien zu kommen, noch führt sie zur Vergabe eines Personenkennzeichens.

Das neue Paßrecht wird in vollem Umfang den Anforderungen gerecht, die sich aus der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Volkszählungsgesetz ergeben. Im übrigen geschieht

beim automatischen Lesen nichts anderes als schon jetzt: Während bislang die Daten von Hand in ein Datenübermittlungsgerät zum Fahndungscomputer beim Bundeskriminalamt eingegeben werden, werden künftig dieselben Daten automatisch und damit unter Ausschaltung sonst immer wieder auftretender Fehler gelesen. Moderne Technik wird demnach lediglich gezielt in den Dienst der inneren Sicherheit und zum Schutz des Bürgers gestellt.

Mehr Sicherheit = schnellere Abfertigung! Aus diesen Erwägungen fordert auch die Internationale Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO), eine Sonderorganisation der UNO, seit 1980 die Einführung einer automatisch lesbaren Paßkarte, wie sie seit Jahren in USA, Kanada und Australien ausgegeben wird. Großbritannien und die Niederlande werden in Kürze folgen.

Mit der Einführung der fälschungssicheren und maschinell lesbaren Identitäts-papiere in der Bundesrepublik Deutschland wird ein zentrales Vorhaben der Bundesregierung auf dem Gebiet der inneren Sicherheit verwirklicht, von dem unsere Bürger und unsere Polizei gleichermaßen profitieren:

- die in der Bundesdruckerei in einem aufwendigen Verfahren hergestellten Dokumente schützen vor Verfälschung und unbefugter Benutzung durch Kriminelle,
- das maschinelle Lesen ermöglicht eine schnellere Kontrolle,
- der Datenschutz für den Bürger ist erheblich erweitert.

BAföG soll um zwei Prozent steigen

Die Ausbildungsförderung für Studenten und Schüler (BAföG) soll von Herbst 1988 um zwei Prozent steigen und damit den gestiegenen Kosten angepaßt werden. Ein entsprechender Beschuß des Bundeskabinetts wird zur Zeit in den zuständigen Ausschüssen für Bildung und Jugend beraten. Die Freibeträge beim Elterneinkommen sollen 1988 und 1989 um durchschnittlich drei Prozent angehoben und die Pauschalen für Aufwendungen zur Sozialversicherung erhöht werden.

Der Satz für die volle Förderung erhöht sich für Studierende um 22 Mark von derzeit 823 auf 845 Mark monatlich. Auswärts wohnende Studenten, die bisher Teilsförderung erhalten, bekommen etwa 80 Mark monatlich mehr, wenn sie Einzelkinder sind. Dieser Betrag erhöht sich für weitere Geschwister: so steigt die Förderung bei einer Alleinverdiener-Familie mit zwei Kindern (ein auswärts wohnender Student und ein Schüler) bei einem Bruttoeinkommen zwischen 3 800 und 4 500 Mark um 108 Mark monatlich.

Die Kinderfreibeträge werden um zehn Mark monatlich für das erste, 20 Mark für das zweite und 50 Mark für das dritte Kind angehoben. Weiter sieht der Gesetzentwurf vor, die Kriterien für die Ermittlung der Anspruchsberechtigten „um eine Leistungskomponente“ zu verändern. Den Geförderten, die ihr Examen mindestens zwei Monate vor dem Ende der Förderungshöchstdauer abgeschlossen haben, soll nach der Neuregelung ferner ein Darlehensbetrag von 2000 Mark erteilt werden. Damit soll der Anreiz zur Studienverkürzung verstärkt werden. Aus dem im Kabinett vorgelegten Bericht des Bildungsministeriums geht hervor, daß im vergangenen Jahr 276 000 (30 Pro-

zent) der 921 000 Studierenden eine Förderung nach dem BAföG — sie erfolgt auf der Basis eines Darlehns — erhielten. Der durchschnittliche monatliche Förderungsbetrag lag bei 550 Mark für Studenten und 508 Mark für Schüler. Mehr als ein Drittel der geförderten Studenten erhielten mehr als 700 Mark monatlich. 33,6 Prozent der Geförderten an wissenschaftlichen Hochschulen erhielten den Höchstbetrag von 823 Mark, bei den Fachhochschulen waren es 38,7 Prozent. Knapp 5 000 BAföG-Empfänger studierten im Ausland. Der Anteil der geförderten weiblichen Studenten lag bei 37 Prozent.



Von Hassel überbrachte Grüße der Europäischen Christdemokraten

Der Vize-Präsident der EUCD, **Kai-Uwe von Hassel**, hat am vergangenen Wochenende die Europäischen Christlichen Demokraten auf dem 8. Parteitag der Schwesterpartei in Portugal vertreten. Von Hassel hat nach dem Sturz der Diktatur 1974 maßgeblich den Aufbau der dortigen Christlich-Demokratischen Parteiorganisation unterstützt, deren Einsatz — zusammen mit anderen demokratischen Parteien — dazu führte, daß die KP ihr Ziel verfehlte, eine kommunistische Regierung in Lissabon zu etablieren. Von Hassel hatte übrigens schon als Vertreter der europäischen Christlichen Demokraten am ersten Parteitag in Porto im Januar 1976 teilgenommen. 5.000 bewaffnete Maoisten hatten damals den Parteitag eingeschlossen, und portugiesische Fallschirmjäger mußten in der Nacht die Belagerten befreien.

+++ aktuelle materialien zu aktuellen themen +++

Neu: „CDU aktuell“ zur Gesundheitsreform

In dieser Dokumentation sind die Antworten des Bundesarbeitsministeriums auf die wichtigsten Kritikpunkte am Konzept zur Reform des Gesundheitswesens nach Stichworten zusammengefaßt. Die Aufstellung zeigt, daß die Kritiker häufig falsch unterrichtet sind, das Reformkonzept teilweise falsch verstanden haben, oder daß ihre Kritik nicht überzeugen kann.

Für die CDU besteht kein Anlaß, an dem Reformkonzept, das die Koalitionsparteien am 3. Dezember 1987 beschlossen haben, zu zweifeln. Dieser Beschuß hatte umgehend Diskussionen ausgelöst und Kritik von vielen Seiten erfahren.

Das kam nicht unerwartet: denn die Koalition hat sich dem Grundsatz verpflichtet, daß alle Beteiligten am Gesundheitswesen ihren Beitrag zur Erneuerung der Krankenversicherung leisten müssen: Ärzte und Zahnärzte, Apotheker und pharmazeutische Industrie, Krankenhäuser und Gesundheitsberufe, Krankenkassen und Versicherte. Opfer finden meist nur Beifall, wenn man selbst von ihnen verschont bleibt. Deshalb ist es geradezu ein Beweis für die Ausgewogenheit des Reformkonzeptes der Koalition, wenn alle Beteiligten sich von den Reformvorschlägen betroffen fühlen.

Vor dieser Kritik werden Bundesregierung und Koalition nicht in die Knie

■ CDU-DOKUMENTATION 2/1988

Solidarische Erneuerung unserer Krankenversicherung

Zur Kritik am Reformkonzept
der Koalition

Von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm



gehen. Die Reform des Gesundheitswesens ist schwierig; sie ist eine der schwierigsten Aufgaben dieser Legislaturperiode. Jedes Mitglied sollte in Gesprächen und Diskussionen dazu beitragen, daß diese Reform ein Erfolg wird.

Bestell-Nr.: 5058

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme: 17,— DM



Alle Bestellungen über das
IS-Versandzentrum
Postfach 13 28
4804 Versmold



+++ aktuelle materialien zu aktuellen themen +++

**Neu im Angebot
zur Steuerreform**

10 Pluspunkte

**Bilanz der
Steuerreformen**

**Wir senken
die Steuern**

**10 Pluspunkte
der Steuerreform**



Mehr Wachstum und Wohlstand

Neue Arbeitsplätze

Mehr Kaufkraft

Entlastung niedriger Einkommen

Entlastung der Familien

Entlastung des Mittelstandes

Leistung lohnt wieder

Stabilisierung der Weltwirtschaft

Überschaubares Steuersystem

Abbau direkter Steuern

**20,4
Mrd.**

2



1990

7

Die 10 wichtigsten Auswirkungen der Steuerreform werden mit Grafiken und Beispielen anschaulich dargestellt: Die Steuerreform stärkt das Wachstum und fördert den Wohlstand. Sie schafft neue Arbeitsplätze, mehr Kaufkraft, Entlastung für Arbeitnehmer mit niedrigem

Einkommen, für Familien mit Kindern, für mittelständische Unternehmen. Handlich aufbereitet ist diese Taschenbrochüre ein ideales kleines Verteilmittel.

Bestell-Nr.: 2008

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme: 11,— DM

UMWELT: CDU GEHT VORAN

NEU

CDU-UMWELT-EXTRA

„Nicht immer mit dem Finger auf den anderen zeigen“, sagt Bundesumweltminister Professor Klaus Töpfer in einem Interview im aktuellen Magazin „**CDU-Umwelt-extra**“, das auf 16 Seiten im Vierfarbdruck, natürlich auf Umweltschutzpapier gedruckt, Informationen und praktische Tips über Umweltschutz in der Bundesrepublik Deutschland und Europa gibt.



Auf Recycling-Papier gedruckt, liegt jetzt das neue Umwelt-Magazin der CDU vor. Von gesunder Lebensweise bis zur Vermeidung von Lärm reicht die Fülle der anschaulichen Berichte. Viele Tips und Anregungen für den praktischen Umwelt-

schutz ergänzen das Magazin, in dessen Mittelpunkt ein Interview mit Umweltminister Klaus Töpfer steht.

Bestell-Nr.: 2003

Mindestabnahme: 200 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme: 42,— DM

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Steuerfrei bleiben
Jahreseinkommen

von
Arbeitnehmern
bis zu
dieser Höhe:

1985

1988

ab 1990

Ledige

7367 DM

8015

9343

Verheiratete
ohne Kinder

12 929

14 225

16 255

Verheiratete
mit 2 Kindern

13 955

20 273

23 599

Verheiratete
mit 4 Kindern

15 035

26 321

30 511 DM



© Globus

Wen verschont das Finanzamt?

Dieses Schaubild zur Steuerreform (70 x 50 cm) eignet sich vorzüglich bei Vorträgen oder Reden zur besseren Verdeutlichung. Es ist neben drei weiteren (siehe UID 1/88) zu beziehen beim IS-Versandzentrum, Postfach 13 28, 4804 Versmold.

Bestell-Nr.: 8050, Mindestabn.: 1 Set (2 Pappen m. Vorder- u. Rücks.), Preis pro Set: 10,— DM

UID

4/88

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion**: Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 54411 # **Verlag**: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb**: Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung**: Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung**: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Herstellung**: VVA, Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.